

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis nach unten beträgt 1,40 Geldmark, nach Postzusatz 1,60 Geldmark, nach 40 Post- und 40 Fernsprechtarifen. Einzelhefte 5 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zeilen berechnet, die Zeile 500 Zeichen. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besonders Ermäßigung. Derzeitige: Hans Posmann 16 u. 62, Postfach 17, Halle/Saale. Gesamt-Nummer 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle/Saale“. Druck-Verlag: Postfach 17, Halle. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22813. Verlagsort: Halle/Saale.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In der Sonnabendabendung der demokratischen Reichstagsfraktion wurde über Widerspruch die Mitteilung des Vorstandes zur Kenntnis genommen, daß für die Partei keine Veranlassung vorliege, sich an einer Verberaterung des Reichstagsinhalts zu beteiligen. Infolgedessen erwartet man, daß Dr. Luther die angeführten Verhandlungen mit den Parteien überhaupt nicht aufnehmen wird.

Das preussische Kabinett Braum hat beschlossen, von sich aus die Initiative zur Erweiterung der Regierungskoalition nicht zu ergreifen. Von Sonnabend an werden die meisten Landtagsparteien wieder zu Beratungen zusammenkommen. Die große politische Aussprache, die sich Anfang dieser Woche an die Einbringung des Etats schloß, soll, wie die endgültige Klärung der Lage in Preußen bringen.

Die Reichsbahn hat für die D-3-Tag-Katastrophe bei Pr.-Stargard Schadenersatzforderungen von insgesamt 8 Millionen Mark an Polen angemeldet. Die Summe umfaßt auch die an die Hinterbliebenen der Opfer zu zahlenden Beiträge. Der Antrag an das Danziger Schiedsgericht fordert auf die fortlaufende Abschreibung der Transit-Schadenersatz im Korridor durch eine gemischte Kommission.

Am Reichsaufsichtsamt für Privatverfälschungen fand eine eingehende Besprechung über die Anlage der Prämienlisten der Versicherungsvereinigungen statt, damit diese Beträge, die heute den wichtigsten Teil der Sparkapitalien des Volkes darstellen, möglichst der deutschen Wirtschaft als langfristige Kredite ausfließen werden. Die Aufsichtsbehörde wird nach Kräften auf dieses Ziel hinwirken.

Das preussische Staatsministerium steht, wie der preussische Handelsminister auf eine kleine Anfrage im Landtag geantwortet hat, seit Monaten mit der deutschen Reichsbahnverhandlung wegen Wiederrücknahme des Verfallensbans und der für die Betroffenen äußerst bedauerlichen Folgen in Verhandlungen.

Im deutschen Bergbau sind am Sonnabend weitere 3200 Kündigungen ausgeprochen worden. Der größte Teil der Kündigungen entfällt diesmal auf das ostpreussische Kohlengruben.

Die Wirtschaftsdirektion zeigt sich darin, daß in letzter Woche 28 Konten und Zahlungskonten am Montag gemeldet worden sind.

Als Köln wird gemeldet: Im Widerspruch zu den Nachrichten von der bevorstehenden Klärung Kölns stehen englische Truppentransporte, die in den letzten Tagen in der Kölner Zone eingetroffen sind.

Die Londoner „Daily Express“ meldet, daß eine Anzahl britischer Handelskammern, darunter die von Liverpool, in England an das Handelsamt auf die runde Wirkung der Aufhebung der 20prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren hinweisen. Seit der Aufhebung der Sonderabgabe sei die deutsche Einfuhr um 45 Prozent gestiegen. Bekanntlich wird die 20prozentige Einfuhrabgabe jetzt nicht mehr in einzelnen, sondern als Kaufaufschlag erhoben; wegefallen ist sie also nicht, nur das Erhebungsverfahren ist geändert.

Der russische Botschafter Kreffelin trifft am Mittwoch wieder in Berlin ein. Ueber seinen Moskauer Aufenthalt berichtet die Moskauer „Tribuna“, daß der Große Sowjet wirtschaftliche Angelegenheiten an Deutschland über den Rahmen des Auftrags an die Handelsvertragsdelegation hinaus abgelehnt hat. Dennoch werde der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag aus politischen Gründen im Laufe des Monats zum Abschluß kommen.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Moskau: Infolge der angeführten Exportschwierigkeiten in Polen und Rumänien ordnete der Rat der Volksbeauftragten an, daß der vom Sowjet beschlossene Plan der alten Waren Export zu stillen ist. Die weitere Entschickung liegt beim Großen Sowjet, der am 28. Mai zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentritt.

Die Zeitung „Admiral“ meldet aus Sofia: Der Kabinetsrat unter Vorsitz des Königs hat beschlossen, die allgem. in den Balkanländern wieder einzuführen und die Genehmigung der Entente hierzu umgehend nachzusuchen.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Moskau: Der Senatsausschuß hat mit allen gegen zwei Stimmen der Resolution durch zugestimmt, nach keine Anleihen an europäische Staaten ohne vorherige Genehmigung der Exportschwierigkeiten mehr bewilligt werden sollen.

Die Rechtsnot im Reich.

Überordentlicher Anwaltsstag in Berlin.

Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins hatte zum Sonntag einen außerordentlichen Anwaltsstag einberufen, der in der Berliner Pflanzharmonie zummatrat.

„Rechtsnot“ lautete der einzige Punkt der Tagesordnung. Mehr als 2000 Anwälte aus allen Teilen des Reiches waren erschienen. Groß war auch die Zahl derer, die aus den Auftragsverhältnissen der Länder aus großen Wirtschaftsveränderungen um der Einladung gefolgt waren.

Rechtsjustizminister Dr. Franken betonte in seiner Ansprache, daß die letzten Jahre für das Gebiet des Rechtslebens eine Zeit der Unruhe und Wirrnisse gemeint seien, wobei das schmerzhafteste sei, daß auch die Autorität des Rechts nicht unberührt aus dem Sturm herorgegangen ist. Diese Autorität wieder aufzurichten, müsse das Ziel aller sein, und die Allgemeinheit rechne hier auf die tätige Mitwirkung des Anwaltsstandes. Justizrat Landwehr, Naumburg, referierte über:

„Rechtsnot auf dem Gebiete des Zivilprozesses“. Unter Rechtsnot versteht man einen Zustand des Rechtslebens, den jeder einzelne Staatsbürger als untragbar empfindet, den Zustand der Ungleichheit und Unbilligkeit von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Dieser Zustand ist jetzt im Reichshand eingetreten. War gleich Recht, Aufwertungsfrage, verfallene Zivilprozessordnung und schlechtes Gerichtsverfahrensrecht und noch mehr solcher Theorien und „Rechtsreformen“ habe der Gesetzgeber dem deutschen Volk befohlen. In der Ueberproduktion von Gesetzen finde sich auch ein Uebermaß nicht mehr zurecht. Die Umhebung der Gerichte habe der Rechtspflege Unbruch getan. Vor allem müsse auch die Revision in Erscheinung treten, die durch Mangel an Besetzung werden ist wieder hergestellt werden.

Rechtsanwalt Graf v. Helldorf, Halle, sprach über: „Kriminalrecht und Kriminalprozeß im Zeichen der Rechtsnot“. Die Ueberproduktion von Strafschriften in allen Richtungen führe jetzt sehr leicht auch den

anknigsten und laubesten Menschen vor Gericht. Besonders müsse man dabei an die Preisversteigerungen denken. Dann wendet sich der Redner gegen die Sondergerichte wie bayerischen Volksgerichte und Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Bei der Führung politischer Prozesse dürfe die Gerechtigkeit nicht nach rechts oder links schauen, sondern müsse das Recht nur nach dem Gesetz suchen.

Rechtsanwalt Dr. Höp, Hamburg, sprach über: „Rechtsnot im bürgerlichen und Handelsrecht“, wobei er sich in der Hauptfrage mit der Aufwertungsfrage beschäftigte. Bei der Regelung der Aufwertungsfrage müsse man davon ausgehen, daß es sich um die Neuordnung gerichtlicher Rechtsverhältnisse handle, bei der die Belange der geschädigten und Schuldner berücksichtigt werden müßten.

Mit der Rechtsnot im öffentlichen bzw. Steuerrecht

beschäftigte sich zum Schluß Rechtsanwalt Dr. Friedmann, Berlin. Er behandelte die Neuordnung an sich als einen Akt der Notwendigkeit. Mit Recht sei man darüber empört, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung vielfach auch da angewendet worden sei, als überhaupt kein Notstand sich zeigte. Er sei daher zu befragen, daß eine gesetzliche Neuordnung der Anwendung des Artikels 48 bevorstehe.

Nach Schluß der auf die Referate folgenden Debatte wurde eine

Entschickung

angenommen, die folgendes fordert:

1. Erlass von Verordnungen lediglich auf verfassungsmäßigen Wege, aber nicht mehr durch ein Ermächtigungsgesetz, beschleunigte Verabschickung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48, Abschaffung der Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen.
2. Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen im Strafrecht.
3. Wiederherstellung der Grenze zwischen Gesetzgebung und Verwaltung.
4. Aufhebung der Emminger-Verordnung zur Prozessreform.

Zu Hindenburgs Amtsantritt.

Sämtliche Reichstagsfraktionen für den Verbleibensantritt am 1. Mai sind, wie das Reichsarchivbüro mitteilt, verstorben. Mehrere Karten werden von der amtlichen Kartenausgabestelle nicht mehr ausgegeben werden.

Verfassung der preussischen Staatsgebäude.

Der preussische Minister des Innern hat an die nachgeordneten Behörden einen Erlass gerichtet, wonach aus Anlaß der am Dienstag, 12. Mai, stattfindenden Vereidigung des neuen Reichspräsidenten sämtliche staatlichen und kommunalen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesbezirken flagen. Wenn staatliche Behörden nicht staats-eigene Gebäude innehaben, so ist auch für deren angemessene Verfassung zu sorgen. Soweit ein- und insbesondere bei der Vorbereitung des neuen Reichspräsidenten auszuschießen, hat der flührende Reichspräsident von Berlin das flührende von Musikkapellen am Montag, 11. Mai, verboten.

Zur Teilnahme am Einzug des Reichspräsidenten in Berlin am Montagmorgen haben insgesamt 1316 Vereine und Organisationen ihre Teilnahme angemeldet.

Hundertjahrfeier des Börsenvereins der deutschen Buchhändler.

In Leipzig sind seit einigen Tagen aus allen Teilen des Reichs Vertreter, Schriftsteller, Antiquare und wer sonst noch mit dem Buchhandel zu tun hat, zur Hundertjahrfeier des Börsenvereins der deutschen Buchhändler versammelt. Am Sonntag vormittag erfolgte die feierliche Einweihung eines Ehrenmals für die im Weltkriege gefallenen deutschen Buchhändler in der Buchhändlerhalle. Sonntag nachmittag fand dann die ordentliche Hauptversammlung statt. Der ausführliche Geschäftsbericht hebt hervor, daß der Buchhandel besonders unter der Ueberzeugung zu leiden habe. Die Buchhandelspreise seien gegen die Wertsteigerung um 90 bis 100 Prozent, die Papierpreise um 50 bis 60 Prozent und die Kosten für Bucheinbände sogar um 130 Prozent gestiegen.

Krach im Reichsbanner.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff sein Vorstandsmandat beim Reichsbanner Schwarz-Weiß niedergelegt. Hierzu hören wir aus dem Reichsbanner, daß die Mitglieder des Vorstandes des Reichsbanners demnächst eine Sitzung einberufen werden, um zu den bekannten Voraussetzungen des Vorstehens des Banners, sohin, der letztmalig eine Nichtteilnahme des Banners beim Einzug des Reichspräsidenten angemeldet hätte, Stellung zu nehmen.

Am Reichsbanner soll man sehr verstimmt über das Verhalten Höpings sein. Man hätte es dort aus politischen und demokratischen Gründen für besser gehalten, wenn das Reichsbanner an den Empfangsfeierlichkeiten offiziell teilgenommen hätte. Dem Austritt des Grafen Bernstorff aus dem Vorstand hält man in demokratischen Kreisen für zunächst berechtigt. Man hofft eine Einigung zwischen dem bürgerlichen Lager und den Sozialdemokraten im Reichsbanner herbeizuführen, wodurch dann der Austritt Bernstorff hinwiegend würde.

Die Deutsche Demokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Mitglieder auffordert, am 12. Mai, dem Tage der Vereidigung Hindenburgs, die schwarz-rot-goldenen Fahnen auszuhängen. Am Tage des Einzuges Hindenburgs (11. Mai) soll dagegen nicht geflaggt werden.

Zur Denkschrift über die Einheitssturzschritt.

Dem Reichstag ist von Seiten der Reichsregierung eine Entwürfe ausgearbeitet, in der Material über Wert und Brauchbarkeit des Einheitssturzschritts enthalten ist. Bisher haben an der Schaffung für Senatsvorsitzender zur Einführung in die Einheitssturzschritt 113 Lehrer teilgenommen. Von Zentralinstituten für Erziehung und Unterricht sind ferner im ganzen Reich bis zum 1. Mai 1925 einheitssturzschrittliche Lehrpläne mit zusammen 9102 Teilnehmern eingereicht worden. Dann enthält die Denkschrift auch Ueberlegungen von Lehrern, die sich alle lobend über die fassungslose Kurze aussprechen und für das Einheitssturzschritts. An Literatur über die Einheitssturzschritt sind bisher 82 verschiedene Lehrbücher und 16 Zeitschriften erschienen.

Die preussische Regierungskrisis.

Zur Stadtpunkt der Deutschnationalen.

Von R. S. Rischhoffel, M. d. L.

Die Vertrauensstimmung der Preussischen Landtag für den Ministerpräsidenten Braum mit einer knappen Mehrheit bedeutet den vorläufigen Abschluß eines fünfundzwanzigjährigen Kampfes um die Regierungsbildung in Preußen. Es wäre verfehlt, nicht anzuerkennen, daß die Novemberrevolution, bestehend aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, in dieser ersten Etappe des Kampfes in der zweiten Legislaturperiode des Landtags den Sieg errang. Aber es ist ein Sieg, der dem Sieger keine ungemessene Freude bereiten kann, weil nach wie vor die Regierung Braum zu Fallsmehrheiten ausgereicht ist. Da taucht unwillkürlich die Frage auf, ob die deutschnationale Landtagsfraktion in den fünf Monaten richtig gehandelt hat.

Der Wahlkampf im Dezember war von uns geführt worden mit dem Willen, gerade in Preußen an die Macht zu kommen, um hier in dem Herjährlig Deutschlands die Seidung durch Ausmerzung des Systems Georing herbeizuführen. Das Wahlergebnis machte das Zentrum zum ausschlaggebenden Faktor. Wir mußten also bestehen, diese Partei, die sich im Laufe der letzten Jahre immer inniger auf die dauernde Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eingestellt hatte, für eine Regierung zu gewinnen, die Gewähr bot für die Säuberung Preußens. Diese Aufgabe ist von uns trotz schwerer Bedenken mit ehrlichem Willen, mit großer Zähigkeit und unter Zurückstellung wichtiger Parteinteressen angefoht worden.

Wir wußten, daß Politik die Kunst des Maßhaltens ist. Daher sind wir dem Zentrum bis zum äußersten entgegengekommen. Wir waren nicht nur gewillt, das Ministerkabinettsgeheß zu ändern, damit dem bei der Umbildung der Regierung etwas erhalten der Minister Herrlicher die Position gesichert wurde, sondern wir waren auch bereit, ein reines Beamtensabinetts, bestehend aus Beamten, die Reichstagsminister, aber den Parteien von uns bis zur Sozialdemokratie zuzuzählen waren, für tragbar anzusehen. Alles Entgegenkommen von unserer Seite hat aber nicht genügt, das Zentrum zu veranlassen, durch Uebernahme seiner Haltung der Regierungskrisis ein Ende zu machen. Immer deutlicher wurde es, daß das Zentrum, diese angeblühete Hüterin christlich-politischer Weltanschauung, von der Bindung mit der christlich-politischen Sozialdemokratie nicht mehr los wollte, aber dem Zentrum los war daran, entweder uns die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen zuzuschreiben oder unser Nachgeben in einem formenden Wahlkampf als grundlosigen Frontwechsel auszuführen zu können.

Darum war es immer wieder den fasslichen Gedanken einer parlamentarischen Volksgemeinschaft, d. h. einer Parteienbindung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten in die Aussprache. Das führte zu legt zu dem Vorschlage, ein Kabinetts zu bilden aus Angehörigen der Novemberkoalition, der Deutschen Volkspartei und drei Beamten, die als deutschnational zu bezeichnen wären. Durch die fülle Ausbildung einer solchen Regierung hätten wir uns mitverantwortlich gemacht für ihren Bestand und ihre Faten. Eine Regierung aber, in der die Novemberkoalition von 8 Ministern 5 stellt, in der die Sozialdemokratie mit 2 Ministern vertreten ist, kann nie und nimmer die Gewähr bieten, daß Preußen im Sinne unseres Wahlsprechens vom Dezember 1924 von allem seit dem November 1918 aufgehäuften Unrat gereinigt werden wird.

Unser Eintritt unter diesen Bedingungen hätte keine Ueberwindung des Systems herbeigeführt. Blickeht hätten wir in den beiden Ministerien, die Beamten unserer Richtung zugewiesen werden sollten — wenn dies Angebot ehrlich gemeint war —, Schlimmes verüben, für Anstellung und Beförderung berufstätiger Beamten und für Beachtung der Lebensinteressen des preussischen Staates sorgen können; 5 Ministerien wären die Beamten der Volksparteien geblieben, und im Kabinettsrat hätten immer die 5 Stimmen der Linken den Ausschlag gegeben. So wären wir ohne entscheidenden Einfluß geblieben, hätten aber trotzdem die Verantwortung für die Gesamtpolitik der Regierung tragen müssen. Das würde zu einem Zusammenbruch der gesamten nationalen Bewegung geführt haben.

So verhältnißlich darum auch der Auf-
wender freizeit nach Eintritt unserer Partei in die
Regierung ist, und so schwer darum auch man-
chen eine weitere Expedition sein mag, die
starke Haltung des Zentrums hat es uns un-
möglich gemacht, jetzt in die Regierung einzutreten.
Wir werden mit unserer selbständigen,
niemals dem Reichsverbanden und auf dem
Charakter verlässlichen Expedition nicht
dorthin gelangen, in diesem Sinne aber
durch doch bald kommende Neuwahlen eine
Regierungsabteilung herbeizuführen, die
Früher einer besseren Zukunft entgegenführt
kann.

Trozkis Wiederkehr.

Von Axel Schmidt.

Telegramme aus Moskau melden, daß Trozki
im Herbst einer trostigen Zeit und daß der Plan
bestünde, ihn wieder, mehr an der Leitung der Ge-
schäfte der Sowjetregierung zu beteiligen. Trozki,
von einer Rückkehr zur Leitung des Militärwe-
sens ist keine Rede. Dafür soll er jetzt größeren
Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse be-
kommen. Bekanntlich wird die Rep. ausgearbeitet
und dem Innenhandel sollen mehr Freiheiten er-
wähnt werden. Da die bisherigen Leiter der wirt-
schaftlichen Verhältnisse mit ihrem kommunika-
tiven Talent zu Ende sind, so will man Trozki's
Bedeutung vergrößern, um die Massen der Bevölke-
rung, namentlich der Bauern, für die Sowjet-
politik zu gewinnen.

Ob das Experiment gelingen wird, ist sehr
fraglich, weil letzten Endes das kommunika-
tive System unerschütterlich ist und bleibt, al-
so ein Einfluß auf ein Trozki an der Spitze nicht.
Wie es heißt, haben sich gegen die Rückkehr Trozki's
Sinowjew, Budarin und Brunke (Kostkommissar
für Militärwesen) ausgesprochen und mit ihrem
Rücktritt gedroht. Es wäre überaus vorteilhaft,
diesen Veränderungen in den höchsten Posten der
Sowjet-Regierung allseitig Beachtung zu schenken.
Besonders bleibt das kommunika-
tive System und so lange das besteht, werden in Sowjet-
land keine großen Veränderungen eintreten. Denn
das kommunika-
tive System, das auf dem Wort
des individuellen Interesses beruht und dafür
eine ausgeglichene Wirtschaft stellt, läßt die
Wirtschaftsentscheidung.

Was soll man an S. dazu sagen, wenn auf Be-
fehl der Moskauer Zentrale der besonders für
Sowjetwirtschaft geachtete Hefer in Tula nach Moskau
als Viehdünger transportiert wird und später nach
Tula, zur Auslastung, transportiert wird, während
Kilometer an Moskau vorbei gemähter Getreide
transportiert wird. Oder wie soll die russische
Landwirtschaft blühen, wenn, wie selbst die
„Pravda“ melden muß, 40 Prozent der Bauern-
wirtschaften kein Pferd mehr besitzen und auf den
Märkten Pferde so gut wie gar nicht mehr zu
finden sind. Nicht einmal in den Rodomengenden
der Wolgaregion und Kalmücken, was früher
dem 300- bis 500-70 Pferde je Hektar, die 1000 bis
2000, sind es größere Bestände an Pferden. Wenn
dort kein Mensch so Viehdünger, so gilt das be-
reits als bedauerlicher Mangel.

Dies Viehdüngerdefizit bedeutet natürlich für den
Bauer die Unmöglichkeit, die Acker oberflächlich zu
bearbeiten; die Folge ist der flüchtige Rückgang der
Ackerflähe und der Ernte. Die Maßnahmen von
den Dungsarten in diesem Jahre beinhalten sich
wieder sehr zu häufen, obgleich offensichtlich die
der Sowjetregierung das Betreiben vorzuziehen,
nicht allzuviel davon ins Ausland gelangen zu
lassen. Das in diesem Jahre die Bauernart solche
Dimensionen annehmen hat, daran ist nicht zu
zweifeln der fortgesetzte Mangel an Viehdünger zu
Schaden von Dingen her. Ist es doch schon so
weit, daß aus den weiten Getreidegebieten, wie
dem Gouvernement Odesa, Katerninberg und
Tschernigow gemeldet wird, daß die Sowjetbehör-

den erzwungen seien, wieder Beschränkungen beim
Anbau von Getreide und Viehdünger; eben-
so darf Brot nur in bestimmten Quantitäten von
den Vätern verkauft werden.

Die wirtschaftliche und finanzielle Notlage, in
der sich Sowjetland seit Jahren befindet, und
die durch die diesjährige Hungersnot noch ge-
steigert werden dürfte, kann nicht durch Personal-
veränderungen beseitigt werden, sondern nur durch

Für Mittelstand und Handwerk.

Wirtschaftsplanung von S. Mat.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der
gemeinsamen Beratung des Haushalts des Reichswirt-
schaftsministeriums. Verbunden mit der Beratung
werden Anträge des Ausschusses über Handwerker-
und Mittelstandfragen.

Abg. Henkel (Su.) spricht dem Minister das
Vertrauen aus, daß er die Interessen des Hand-
werks und Gewerbes fördern werde. Die ver-
lorenen Absatzmärkte im Ausland können nur nicht
durch Massenarbeit wieder erobert, sondern nur
durch gute berufliche Ausbildung. Um diese
fördern zu können, brauchen wir die Aufrecht-
erhaltung der Meisterlehre, die in den
letzten Jahren leider förmlich untergegangen
wäre. In Hand- und Arbeiterlehre und die
Ausbildung und die Fachausstellungen mit
staatlichen Mitteln wesentlich unterstützt werden.
Das Reichsverbändlungswesen bedarf einer
gründlichen Reform. Der Warenhandel auf
den E-Strassen müßte befristet werden, Gewerbe
und Handwirtschaft, der gegen Mittelstand la-
schwer unter der Kreditnot und unter der Vielzahl
der Steuern. Die Steuerentlastung würde so
einfach wie möglich sein. Soviel mit dem Rechten
der Gewerkschaften und ihren Vorständen!

Der Minister müsse dafür sorgen,
daß das Handwerk bei allen
großen wirtschaftlichen Fragen, wie
Handelsverträgen, Wasserstraßen,
Kreditwesen, an der Spitze zu stehen. Der
Gewerkschaftsverband dürfe nicht
jeweil überrepräsentiert werden, daß die
Gewerkschaften dem mittelständlichen
Gewerbe größere Konturen zu geben.

Abg. Eber (Zr.) warnt vor einer politischen
Ordnung, die die Interessen des Mittelstandes
vernachlässigt. Die Hauptaufgabe müsse immer die Selbst-
hilfe bleiben. Der Aufhebung der Preisstreik-
verordnungen komme das Zentrum zu. Der
Eingehandelte müsse sich bezüglich der Organisa-
tion des Gewerkschaftsverbandes, damit der
gewerkschaftliche Kampf wieder zur Geltung komme.

Abg. Carlshaus (Dem.) begrüßt die erste
Lesung, daß alle Parteien die Notwendigkeit der
Förderung des Handwerks anerkennen. Der für
das Handwerk eingeleitete Kredit von 10
Millionen sei gut. Das Handwerk sei
vielfach gezwungen, auf die Bezahlung seiner
Arbeit lange zu warten.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus

weist dann auf die bestehenden handels-
und politischen Debatten im Reichstage hin. Schon
in den nächsten Tagen wird bei den deutsch-franzö-
sischen Verhandlungen in die Einfuhrbeschrän-
kungen die Einfuhr von Eisen- und Zement-
waren zu treten. Bei den deutsch-französischen
Verhandlungen ist mit einem Abschluß für Mai zu
rechnen. Nach Annahme der Zolltarifnovelle werden
bis zum Sommer der englischen Handels-
politik zu geben kommen.

Für unsere heutige Wirtschaft werde die
in Aussicht stehende Rückkehr zur englischen Schutz-
politik in einzelnen Industriezweigen besonders
dringend empfunden werden. Um unsere Kon-
kurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken, gilt
es, namentlich an die innere Wirtschaftsentwicklung
heranzugehen und gleichzeitig die Voraussetzungen
zu schaffen, die wieder eine gewisse Steigerung der
Kaufkraftverhältnisse herbeiführen kann. Die
deutsche Wirtschaft stellt sich eigentlich
erst jetzt in die Wege der Ueber-
gangswirtschaft ein. Es liegen allerdings
Symptome vor, die bereits auf eine allgemeine
Besserung unserer inneren Wirtschaftsverhältnisse
hinweisen. Der Minister verweist auf die Ent-
spannung des Arbeitsmarktes, die Entmündigung des

den vollständigen Abbau des kommunika-
tiven Systems. Dazu dürfte aber Trozki ebensowenig
bereit sein wie Sinowjew, weil beide nicht so sehr
von politischen Erwägungen beeinflusst werden.
Beide müssen nur zu genau, daß der
Gewaltstreik des Volkswirtschafts ihres Lebens
an der Spitze des Staates ist und deswegen wird
seiner von ihnen für die Beseitigung des kommu-
nikativen Systems zu haben sein.

Warenmarktes, die Steigerung des Güterumlaufs
und der Produktion.

Zum Teil sind die von ausländischen Unter-
nehmungen herbeigeholten Auslandskredite nicht
mit Smoot verwendet worden. Die Refinanzierungs-
maßgaben der Kreditzeit sind noch nicht völlig
überwunden. Dadurch sind wir in vielen In-
dustriezweigen wiederum vom Weltmarkt gelöst.
In diesem Jahre führt die Export- und Konsum-
kraft, der besonders durch den Wettbewerb von
Vändern mit fließender Valuta verläßt wird. Der
Minister begrüßt dann die Notwendigkeit einer
wirksamen Preispolitik des Gewerkschafts-
Gewerkschaftsverbandes, die mit den Ver-
ordnungen erzielt ist, sollen die entsprechenden
Verordnungen bald erlassen werden.

Das Reichswirtschaftsministerium wird sich
so es immer kann, für eine Entlastung der Arbeit
auf dem Gebiet der Gewerkschaften unserer
Wirtschaft einsetzen. Es wird in diesem Sinne bei
der Gestaltung der Frachttarife und beim Umbau der
Steuergebarung mitwirken.

Der Minister begrüßt, daß die Handelsstände
an der Spitze der 10 Millionen Zonen zu
bestehen, die der Grundbau für die in der
letzten Währungsperiode. Den Schwierigkeiten werden
lebens der Rohwirtschaft durch eine Umgestal-
tung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels
entgegengetreten werden. Die Preisbildung des
Kohlenhandels in der nächsten Woche fallen. Von
noch größerer Bedeutung werde aber eine für die
Rohstoffe in Aussicht genommene Verringerung der
Eisenbahntarife sein, die schon in den
nächsten Tagen in Kraft treten soll.

Die Umgestaltung und organisatorischen Um-
stellungen sei heute um so größere Beachtung zu
schenken. Deutschland müsse seinen Produktions-
apparat verbilligen und die hierzu notwendigen
Boraussetzungen der Kapitalbindung und Kapital-
leistung sein.

Der Minister weist dann darauf hin, daß die
Verhandlungen zur Behebung der Kreditnot des
gewerkschaftlichen Mittelstandes im wesentlichen
abgeschlossen seien. Nach Durchführung dieser Kredit-
maßnahmen.

Die Frage einer besseren Ausgestaltung des
ganzen mittelständlichen Kreditwesens
gegründet werden. Der Referententwurf einer
Reichsverbandesordnung sei den Vändern bereits
zur Stellungnahme zugestellt worden. Der Ent-
wurf eines Reichsverbandesgesetzes sei
schon fertiggestellt. Der Entwurf über den
engländer Reichsverbandesgesetz sei schon in
nahe Zukunft zu erwarten. Der neue Reichs-
verbandesgesetz werde auch in seiner Zusammen-
setzung dem Reichstag nach fastjähriger Arbeit
troubler Beratung der Mittelstände in
mitgeteilt werden (Beifall).

Abg. Roosen (Komm.) wirft dem Mittelstand
vor, er sei nicht mehr zu retten, selbst nicht durch
Schaffung einer neuen Staatsform.

Abg. Hehl (Bau. Sp.) ist der Ueberzeugung,
daß das Reichswirtschaftsministerium alle An-
forderungen in die Praxis umsetzen werde. Die Kreditnot
ist keine Wohlthatnahme, sondern liegt im
Interesse der Allgemeinheit. Die Preisbildung
verordnungen solle so schnell wie möglich fallen.
Der Referent fordere einen besonderen Staatsreferat
für das Handwerk, Neuregelung des Verdingungs-
wesens, Einschränkung des Bauhandels und der
Gewerkschaften.

Abg. Hehl (Bau. Sp.) hält der Regierung
vor, sie habe nur leere Versprechungen, aber keine
Taten für den Mittelstand. Der Referent fordert
so allem republikanische Beseitigung der Zwangs-
gebung.

Ich nahm das Gebieth und meinen dicken
Spiegelstod und gins auf eine Reklamation. Der
Redakteur kennt mich schon, und deshalb meinte er,
ich sollte das Gebieth und eine Fünfzennigmarke
danneben, er werde es dann erlösen. Da las ich
ihm das Gebieth vor.

Eine Zeitlang lagte er gar nichts. „Stille Er-
schütterung“ nennt man das, wenn man mit dem
Verfasser befreundet ist, oder: „Das Publikum
ging in Nummer Erzählungen auseinander.“ Auch
gins betraute auseinander. Dann schnappte er
nach Luft und rügelte: „Namen, der Lenz ist ge-
kommen!“

Und dann: „Sehen Sie mal nun freier hin-
aus! Bemerken Sie etwas von Sonne bei dem
Sundermetter? Bei diesen Regen ist ja Ihr Gebieth
die reinste Ironie! So kann ich unmöglich
bringen!“

„O bitte, das machst gar nichts!“ rief ich schnell.
„Das habe ich im Handumdrehen geändert!“ Und
ich, ich, ich ihm gegenüber, und nach fünf
Minuten lautete mein Gebieth folgendermaßen:

Die Regenregnen schäumen,
Sie schäumen immer
Und weil sie immer schäumen,
O Mensch, so schäum auch du!
Und keine Regenbrunn!
Der Regen nur macht gut!
Der Wasserhahn ist gekommen!
Zambrosini!

Und dann habe ich es ihm wieder vorzulesen,
und hat ich ihm ja gefallen, daß er sagte hat,
ich soll eine Fünfzennigmarke danneben.

Seitdem habe ich jeden Tag das Blatt, ob mein
Gebieth drinsteht — aber es ist noch nicht ge-
kommen.

Waran das nur liegen mag?

Abg. v. Hammer (D. B. P.) weist auf die Ver-
änderungen in der Politik und Frankreich
hin, die ohne Schöpfung eines Zolltarifs nicht vor-
wärts gehen könnten. Bei vorläufiger Abkomme-
nen wir immer die Verhandlungen. Große Ver-
änderungen, die unter dem Vorzeichen der
Einführung der neuen Grundzüge (schlicht in der
Infantile haben, müßten endlich herbeiführen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus stimmt
dem Vorschlag des Zolltarifs zu. Bei
Staatsanfragen soll das notwendige Gesetz
bald in erster Lesung beschlossen werden.
Abg. Hehl (Bau. Sp.) wünscht die Er-
richtung eines Kartellamts und Kartellgesetzes.
Abg. Eber (Zr.) hofft, daß der schon so oft
totgelegte Mittelstand noch recht lange leben
werde. Der Hehl spricht für Handwerker und Mittel-
stand sei die Selbsthilfe; daneben müßte er aber
vor Veränderung geschützt werden.
Abg. Hehl (Bau. Sp.) hält für die für den
Mittelstand vorgelegene 20 Mill. Mark für voll-
kommen unzulänglich.

Abg. Franke (Soz.) ist für die Be-
haltung der Preisprüfungsstellen ein, bis die
Preisprüfungsstellen zustande gekommen sind.
Abg. Heilmann (Soz.) verweist auf die großen
Schwierigkeiten im Bezug der allerbaldigen
allen Vändern, die gleichfalls die Aufhebung
neuer Kohlensteuern in dieser Zeit schädlich
die Gesamtwirtschaft. Man dürfe nicht vergessen,
daß zum Vergabe auch die Arbeiter gehören, und
daß die Bodenbesitzer Eigentum der Gesamtheit der
Nation sind.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.
Das Haus vertagt sich auf Montag.

Aus dem Landtag.

Im Preussischen Landtag kam am Sonnabend
das Gesetz, das die folgenden

**Vorschläge des Schutzpolizeibeamtenge-
setzes** mit den im Range erfolgten Änderungen der
Beamtenverordnungsgebung in der Ueberein-
stimmung bringt, zur öffentlichen Verlesung.
Innhalte fand auch die vom Ausschusse beantragte
Einführung, das Staatsministerium zu prüfen,
sowie die Uebernahme der Reichsregierung für die
Schutzpolizei der Vänder vom 17. Juni 1922 auf-
gehoben wird und die Schutzpolizeibeamten in das
allgemeine Beamtenverhältnis eingegliedert
werden. — Die Anträge der Deputierten auf

Entlassung von Beamtenstellen
zum Abtritt in die höhere Schule nach drei-
jähriger Befristung der Grundstudien und auf Zu-
lassung des Privatunterrichts an Stelle des
Grundschulunterrichts gab burgaus im Hinblick auf
die vom Reichstage am 3. April beschlossene
Wendungen der Grundschulgesetze an den Unter-
richtsausschuss zurück.

Im Laufe der an die verschiedenen Regierungs-
stellen angeknüpften verfassungsrechtlichen Erörte-
rungen war die Frage, in welcher Art

die **Verbindung des Vertrauens nach Artikel 77**
der Verfassung zu erfolgen habe, dem Verfassungs-
ausschuss zur Entscheidung überzuleiten
worden; der letztere hat sich für unzulänglich er-
klärt und empfohlen, die Entscheidung durch den
Verfassungsausschuss erfolgen zu lassen. Das Haus
beschloß demgemäß.

Montag 12 Uhr wird der Finanzminister Dr.
Schröder im Reichstag den Haushaltsplan für 1925
einbringen.

Am Sonntagvormittag hat der Abtransport
der französischen Schutzpolizeibeamten, die in
Rheinland und Mittelrhein stationiert waren, nach
Schwaben stattgefunden. Damit ist Mannheim
von der französischen Besatzung frei.

Das Eracnis der getragenen Gespräche mit den
französischen Gemeinderäten wird von der
französischen Zinspreise mit großem Beifall auf-
genommen. „Deure“ schreibt: Die letzten Hoff-
nungen des Nationalen Blocks seien endlich
durch den Sieg der Realität hinweggeföhrt worden.

Die südafrikanische Regierung gibt in einer
offiziellen Erklärung bekannt, daß sie bereit ist,
den Engländern gegen Meißelgünstigung einzu-
räumen, daß sie aber die bisherigen Vorschläge
für England fallen lassen wolle.

Vom echten Leben.

Von Franz Vidite.

Leise wandre ins Leben,
Tiefste Blide nach innen;
Dann, troß Bangen und Beben,
Wirst du dich selbst gewinnen

Nicht vor, werst dich, ist Herr
Nicht die dienen, sind Rechte;
Sich beherrschigen, anderen dienen.
Das ist das Rechte.

Wird — was ist Glück? — Leid — was ist Leid?
Frucht, gefeuerter Wunsch — der was ist
Zu ewigen Sägen, Stirmt die Flut?
Gott ist der Pächtermann. Er feuert gut.

Ein neuer Pirandello in Berlin.

Seit seinem aufsehenerregenden Werte: „Sechs
Personen suchen einen Autor“, ist der Name des
italienischen Dichters Luigi Pirandello in aller
Munde. Die Kammerpiele des Deutschen Theaters
in Berlin brachten jetzt in einer vorzüglichen
Inszenierung durch Richard Geisler eine neue
Komödie: „Die Rollen der Aufführung“ heraus.
Eigentümlich handelt es sich aber dann um die
Wahrheit, die der Nacht des unterbewußten
Treibens weichen muß, als der Mann, der ein
junges Mädchen geheiratet hat, um dem erwar-
teten Kinde einen Vater zu geben, in Liebe zu
dem reissenden Gefühls entbrannt. Eugen Klöpfer
und Maszarole Christianus spielen die Haupt-
rollen. Sie stellen wirkliche Menschen auf, die
Bretter und haben dem recht trivialen Stoff, da
sie sich finden, einen ganz eigenen Reiz.

Dr. Heberich.

Der Lenz ist da!

Von Carl Stiller (München).

Schon wie ich die letzten Kräfte von meinem
Aolenber abließ, habe ich mir: „Bermühtlich
kommt jetzt der Mai!“ Vorwachen nennen das
die Ostfluten. Und richtig, jetzt ist er da, jener
Monat, in dem sich die Blüten und Sämlinge mit
frischem Grün bedecken. In diesem Monat ist die
Wärme nicht erstört worden, und deshalb nennt
man ihn den Monnemont.

Ueber mir, da wohnt ein Frühlings, der hat
einmal ein Gewandstück die Stimme entlehnt
(sonst hat sie noch niemand entlehnt), und die fröh-
liche ganz Jahr über, auch mitten im Winter:
„Der Lenz ist da!“, weil das die Bräutigam so
gern hört. Das Lied steht ihr zwar nicht un-
wohl, weil sie festeste Söhne nur sehr unvoll-
kommen den Mangel an Mittelwege versteht, ohne
über die Abwesenheit der tiefen Zone hinwegzu-
täuschen, aber sie begleitet ihn nicht so falsch
auf dem Rasier, daß es nicht weiter auffällt.
Der Bräutigam muß auf beiden Tommelfellen
finden sein.

Ja, er ist da, der Lenz! Die Kräfte und die
Dadul bringen, die Blüten und Frühlingsfrühen
Bäume düften. Die Menschen werden sich der
Befehle des Lebens bemächtigen, lösen Kräfte-
kräfte, lösen die Grammatikpläne mit dem
Rechtshilfswesen heraus, die Jugend bringt fröh-
liche Gesänge an, z. B. „Der Winter lang, der
Winter düst“, überall recht sich neue Hoffnung, die
Eingebildeten verdueren noch mal mit einem
Zug an, man raucht bald wieder im Freien, die
Kintreiber eröffnen die Frühlingsschönheit und die
Vollgehung sollen erziehen ihren Söhnen, ich
habe die Wädeln an, mich lassen die Wädeln an,
die Frauen sehen in den Redaktionen nach, wie
man sich dieses Frühstücks anzieht, was, Ver-
-

blod und Wollstoff sind sich darüber einig: der
Mai ist von allen zwölf Monatsstücken das
schönste, das Wunderkind. Er ist überhaupt keiner
Steigerung fähig, denn wenn man den Mai
freier, dann heißt er Maier.

Und deshalb haben ihn auch alle Dichter be-
sungen. Der Goethe hat ihn besungen, der Heine
hat ihn besungen, die Quartenen haben ihn be-
sungen und auch ich habe ihn besungen. Ich ver-
zeihe jedes Jahr ein Frühlingsgedicht, eines
daran ist sogar recht populär geworden: das haben
sich fünfzig Redaktionen gemeldet. Es ist mein
teuerstes Gedicht, es kostet mich bereits 5 Mark
Händwerk. Wie gefällt es?

Also diesmal habe ich ein ganz neues Mai-
gedicht gemacht. Ich habe fünf Glas Maßstab ge-
trunken, und da war ich einmal so in Stim-
mung, die Besessenen kam über mich, ich schrie:
„O wie schön ist das die Natur!“ und der Welt
Hoffung mit auf die Schulter und laute: ich sollte
aus seinem Gestalt hinaussehen, brauchen sie die
Natur noch viel schöner! Ich wollte es ihm nicht
glauben, aber wie dann der Hausnotend, man
glaube ich es ihm doch, eing in den Engländer
Garten, letzte mich auf eine Bank „Nur für Er-
wachsene“, welche aber von den Erwachsenen gar
nicht benutzt wird, weil eine Latrine so dicht da-
beist, und diehste:

Die Rosenblüten schäumen,
Es brechen rings im Ru
Die Frauen an den Säulen
O Mensch, nur wird auch!
Und alle Öglein brummen!
Und jedes heißt ein G
Der Lenz, er ist gekommen!
Zambrosini!

Was Lanbardei bedeutet, weiß ich zwar nicht,
aber ich habe es einmal von einem Amerikaner
gehört, der sagte, es ist von Walter von der
Roozeweide, und da wird's schon recht sein.